

Niederschrift

über den **öffentlichen Teil** der 65. Sitzung der Verbandsversammlung des
Zweckverband AVV am 10.03.2011 in Aachen

Anwesend sind:

a) Mitglieder der Verbandsversammlung

1. Georg Beyß
2. Reimund Billmann
3. Gaby Breuer
4. Hermann Fuchs
5. Egbert Form
6. Jörg Hamel
7. Hermann Hartong
8. Roland Jahn
9. Joseph Krott
10. Gisela Nacken
11. Josef Nießen
12. Hans-Friedrich Oetjen
13. Willi Paffen
14. Michael Servos
15. Michael Stock
16. Volker Wiegand-Majewsky
17. Axel Wirtz
18. Gudrun Zentis

**b) Verbandsvorsteher des
Zweckverband AVV**

1. entschuldigt

**c) Leiter der Geschäftsstelle
des Zweckverband AVV**

1. Heiko Sedlaczek

d) Geschäftsführer der AVV GmbH

1. Hans Joachim Sistenich

e) Schriftführerin

1. Eva Keßel

Beginn der Sitzung: 8.30 Uhr
Ende der Sitzung: 10.30 Uhr

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung, Herr Jahn, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und die Verbandsversammlung beschlussfähig ist.

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

- Top 1** **Genehmigung der Niederschrift der 64. Sitzung der Verbandsversammlung am 08.12.2010**
- Top 2** **Mitteilungen und Anfragen**
- Top 3** **Anpassung AVV-Verbundtarif zum 01.04.2011**
- Top 4** **Sachstand Sozial-Ticket**
- Top 5** **Sachstand Umsetzung modifiziertes ÖPNVG NRW im AVV**
- Top 6** **Sachstand Allgemeine Vorschrift gemäß § 11a ÖPNVG NRW (Ausbildungsverkehr-Pauschale)**
- Top 7** **Verschiedenes**
- Sachstand Handy-Ticket
 - Weiterentwicklung des elektronischen Fahrplanauskunftsystems des AVV
 - Aktuelles aus dem NVR
 - BGH-Urteil zum Rechtsstreit VRR/DB Regio NRW
 - Referentenentwurf PBefG

II. Nichtöffentliche Sitzung

- Top 8** **Mitteilungen und Anfragen**

Top 1 Genehmigung der Niederschrift der 64. Sitzung der Verbandsversammlung am 08.12.2010

Herr Form kritisiert, er sei unter Top 5 „Wirtschaftsplan der AVV GmbH“ falsch zitiert worden, da er angeregt habe, alternative Transportmöglichkeiten der Mitarbeiter für Dienstreisen, und nicht, wie in der Niederschrift dargestellt, alternative Finanzierungsmodelle zur Beschaffung eines Dienstwagens, zu prüfen.

Der Niederschrift der 64. Sitzung der Verbandsversammlung am 08.12.2010 wird bei einer Enthaltung zugestimmt.

*(Hinweis: Ein Auszug aus der unter Beachtung der Anmerkungen von Herrn Form entsprechend korrigierten Niederschrift ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beige-fügt.)*

Top 2 Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Top 3 Anpassung AVV-Verbundtarif zum 01.04.2011

Herr Sistenich teilt mit, die geplanten Tarifierpassungen seien bereits ausführlich in den vorausgegangenen Sitzungen des Aufsichtsrats der AVV GmbH sowie der regionalen AVV-Beiräte beraten worden und die Änderungswünsche von Stadt und StädteRegion Aachen seien in der Beschlussempfehlung berücksichtigt. Wenn kein weiterer Erläuterungsbedarf bestehe, wolle er darauf verzichten.

Auf Nachfrage von Herrn Jahn besteht kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Anschließend ergeht folgender einstimmig gefasster Beschluss (Nr. 1/2011):

- a) **Die Verbandsversammlung stimmt der Fortschreibung der AVV-Verbundtarife – mit Ausnahme der School&Fun-Tickets für Selbstzahler in der StädteRegion Aachen einschließlich der Stadt Aachen – in der vorgelegten Form zu.**
- b) **Die Verbandsversammlung stimmt der Fortschreibung des Preises für das School&Fun-Ticket für Selbstzahler in der StädteRegion Aachen einschließlich der Stadt Aachen auf 23,20 €/Monat zu.**

Top 4 Sachstand Sozial-Ticket

Herr Sistenich berichtet ergänzend zur Sitzungsvorlage, problematisch gestalte sich derzeit die Möglichkeit des Vertriebs über die ARGEn der StädteRegion Aachen bzw. des Kreises Heinsberg, da diese rechtliche Bedenken hätten. Deshalb wurde die für den 01.01.2011 geplante Einführung auf den 01.06.2011 verschoben. Es zeichne sich jedoch die folgende Lösungsmöglichkeit ab: Die ARGEn stellen den Anspruchsberechtigten ein fälschungssicheres Dokument aus, das bei den zuständigen Verkehrsunternehmen vorzulegen sei, um ein Sozial-Ticket zu erwerben. Ergänzend zur Sitzungsvorlage sei mitzuteilen, dass das Land NRW eine Förderung von Sozial-Tickets in Aussicht gestellt habe. So ständen für Aufgabenträger, die die Einführung bis zum 01.07.2011 vornähmen, landesweit 15 Mio. Euro

für das Jahr 2011 und 30 Mio. Euro jährlich ab dem Jahr 2012 zur Verfügung. Jedoch sei der Landeshaushalt bekanntlich noch nicht verabschiedet, insofern gebe es auch noch keine Sicherheit bezüglich der Landesförderung. Wenn diese jedoch realisiert werde, habe man bereits über eine Modifizierung des derweil geplanten Angebots beraten. Man sei zur Übereinstimmung gekommen, mit der Landesförderung die durch eine Aufhebung der 9.00 Uhr-Grenze entstehenden Mindereinnahmen auszugleichen sowie den Preis für das Sozial-Ticket für die StädteRegion Aachen um 2 Euro zu senken. Die Einführung des Angebots zum 01.06.2011 solle zu den jetzigen Konditionen erfolgen, sofern die Landesförderung vorab nicht verbindlich sei. Stehe die Landesförderung jedoch zum Zeitpunkt der Einführung nicht mehr unter Vorbehalt, solle das Ticket sogleich in der vorgenannten modifizierten Form angeboten werden.

Anschließend ergeht folgender einstimmig gefasster Beschluss (Nr. 2/2011):

Die Verbandsversammlung stimmt der vorgestellten Vorgehensweise zur Einführung des Sozial-Tickets im AVV gemäß der Vorlage zu.

Top 5 Sachstand Umsetzung modifiziertes ÖPNVG NRW im AVV

Herr Sedlaczek berichtet, das Gesetz zur Änderung des ÖPNVG NRW sei am 16.12.2010 durch den Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß Beschlussempfehlung verabschiedet und anschließend veröffentlicht worden. Es trat somit, wie in der Sitzung der Verbandsversammlung am 08.12.2010 vorgestellt, am 01.01.2011 in Kraft und der Vorbehalt bezüglich der in der Sitzung beschlossenen Änderung der Satzung für den Zweckverband AVV sei infolgedessen entfallen. Die Veröffentlichung sei noch im Dezember 2010 durch die Bezirksregierung Köln erfolgt und die Änderung seit dem 01.01.2011 rechtskräftig.

Top 6 Sachstand Allgemeine Vorschrift gemäß § 11a ÖPNVG NRW (Ausbildungsverkehr-Pauschale)

Herr Sedlaczek berichtet einleitend, mit der Überleitung der Mittel des ehemaligen § 45a PBefG in den neu geschaffenen § 11a ÖPNVG NRW sei eine Pauschalierung der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr erfolgt; diese seien nun nach einem festgesetzten Schlüssel an anspruchsberechtigte Verkehrsunternehmen weiterzuleiten. Mit der Aufgabenübertragung der Bewirtschaftung dieser Mittel auf den Zweckverband AVV, habe dieser Konformität mit dem Beihilferecht sicherzustellen. Diesbezüglich erarbeite der AVV in Zusammenarbeit mit Herrn Marszalek, PwC, und unter Beteiligung der AVV-Verkehrsunternehmen und -Verbandsmitglieder eine Allgemeine Vorschrift gem. der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in Form einer Förderrichtlinie für den Ausbildungsverkehr. Ursprünglich sei geplant gewesen, diese den Mitgliedern der Verbandsversammlung in der heutigen Sitzung vorzulegen. Angesichts der Komplexität der Thematik und des großen Abstimmungsbedarfs konnte dies jedoch nicht umgesetzt werden. Zur weiteren Vorgehensweise sei geplant, den Termin mit Vertretern der Verbandsmitglieder und Herrn Marszalek möglichst kurzfristig nachzuholen. Darüber hinaus sei mitzuteilen, dass der Zweckverband AVV Anfang Mai die erste Zuwendung seitens des Landes erhalte, Abschlagszahlungen jedoch laut dem MWEBWV ohne geltende Allgemeine Vorschrift nicht zulässig seien.

Top 7 Verschiedenes

- Sachstand Handy-Ticket

Herr Sistenich teilt seine Zufriedenheit über die gute Kooperation mit der ASEAG mit und dankt ausdrücklich Herrn Geulen von der ASEAG und Herrn Schmitz von der AVV GmbH, die maßgeblich an der Umsetzung im Verbundgebiet beteiligt gewesen seien.

Herr Sistenich informiert darüber, dass es nach langjährigen mühevollen Verhandlungen zum Abschluss eines Job-Ticket-Vertrages mit der RWTH Aachen gekommen sei. Diesbezüglich danke er Frau Nacken für ihre Unterstützung.

- Weiterentwicklung des elektronischen Fahrplanauskunftsystems des AVV

Herr Sistenich bittet, den Tagesordnungspunkt hintenanzustellen, da – wie in der letzten Sitzung angekündigt – eine Präsentation vorbereitet wurde.

- Aktuelles aus dem NVR

Herr Sistenich erklärt, dass die Ausschreibung zum Kölner Dieselnetz aus wirtschaftlichen Gründen aufgehoben worden sei. Das günstigste Angebot habe die vom NVR festgelegte Aufhebungsgrenze weit überschritten. Man habe daraufhin ein Verhandlungsverfahren durchgeführt, in dessen Rahmen u.a. auch neue Ansätze zur Fahrzeugfinanzierung verhandelt wurden. Nachdem der Zweckverband NVR dem Konzept zur Fahrzeugfinanzierung zugestimmt habe, sei Anfang Februar seitens des NVR-Vergabeausschusses nunmehr eine Vergabe für das Kölner Dieselnetz an die DB Regio Rheinland GmbH erfolgt. Das Verhandlungsergebnis liege mit einem jährlichen Finanzbedarf von rd. 80 Mio. Euro um jährlich etwa 45 Mio. Euro unter dem ursprünglichen Erstgebot, was in Bezug auf die Vertragslaufzeit von 20 Jahren einem Einsparungsvolumen in Höhe von über einer Milliarde Euro entspreche.

Herr Sistenich teilt in Bezug auf die eu**regio**bahn nachrichtlich mit, ursprünglich sei geplant gewesen, bis zum Sommer dieses Jahres mit der Provinz Limburg eine Kooperationsvereinbarung zu fassen. Dieser Zeitplan sei jedoch nun nicht mehr zu halten. Ab Anfang 2012 werde jedoch auch die Ausschreibung des Aachener Dieselnetzes vorbereitet. Sollte mit den niederländischen Behörden bis dahin keine Einigung erzielt werden, so bestehe die Gefahr, dass die eu**regio**bahn ab dem Jahr 2016 nur noch auf dem deutschen Streckenabschnitt fahre.

Herr Billmann teilt mit, er halte den niederländischen Streckenabschnitt der eu**regio**bahn für sehr bedeutend.

Herr Sistenich betont, der AVV halte an seinen Abmachungen fest, es gebe jedoch zwei Beteiligte. Wenn die Provinz Limburg sich dagegen entscheide, sei der niederländische Streckenabschnitt nicht finanzierbar. Das Provinzparlament habe zwar positive Beschlüsse gefasst, man benötige aber vertraglich fixierte Finanzierungszusagen.

Herr Krott gibt bekannt, er habe Pressemitteilungen entnommen, dass die bestehende ICE-Verbindung Aachen – Berlin durch eine neue ICE-Verbindung Frankfurt – London ersetzt werden solle und es fraglich sei, ob dieser Zug in Aachen Haupt-

bahnhof halte. Dies würde nach seiner Auffassung eine Abkopplung des Verbundgebietes vom Fernverkehr bedeuten und sei nicht hinnehmbar.

Herr Sistenich teilt mit, die ICE-Anbindung von Aachen sei von hoher Bedeutung für die Region. Auch wenn der NVR hier keine Zuständigkeit habe, da es sich um eine Fernverkehrsverbindung handle, sei das Thema im Hinblick auf die Gesamtvernetzung sehr wichtig. Wolle man einen Halt in Aachen, so setze dieser – wie an allen von diesem Zug bedienten Bahnhöfen – analog dem Flugverkehr eine Sicherheitszone mit Check-in-Kontrollen für Fahrgäste und Gepäck sowie einen abgetrennten Wartebereich voraus.

Herr Wirtz äußert, er halte das Thema für prioritär und aus seiner Sicht sei es ebenfalls unerlässlich, dass ein regionaler Konsens, ungeachtet von Parteizugehörigkeiten, erzielt werde. Dass der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Herr Philipp, das Thema im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angesprochen habe, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Es sei zu beraten, ob man eine Resolution verfassen wolle. Auch wenn diese aktuell nicht vorliege, könne der AVV mit dem Verfassen und der kurzfristigen Versendung beauftragt werden, da man wisse, worauf diese abzielen solle.

Herr Krott gibt seine Unterstützung für den Vorschlag von Herrn Wirtz bekannt.

Herr Sistenich schlägt vor, zu beraten, ob eine gemeinsame oder mehrere Resolutionen von diversen Akteuren verabschiedet werden sollten.

Herr Jahn schlägt vor, von Seiten des Vorstandsvorstehers, Herrn Pusch, ein Schreiben an die DB AG zu richten.

Frau Breuer äußert, man solle sich an die politischen Mitglieder des Aufsichtsrats der DB AG wenden.

Dem Vorschlag von Herrn Jahn wird zugestimmt.

- BGH-Urteil zum Rechtsstreit VRR/DB Regio NRW

Herr Sistenich äußert, er hoffe, dass das „Neue RE-Konzept“ bezüglich der Finanzausstattung nicht von der Entscheidung tangiert werde.

- Referentenentwurf PBefG

Herr Sistenich teilt mit, der aktuelle Referentenentwurf liefere aufgrund seines großen Interpretationsspielraums mehr Fragen als Antworten. Zu erwartende Änderungen betreffen voraussichtlich im Wesentlichen die drei Themen „Liberalisierung des Fernbusmarktes“, „Dualität der Behörden“ – Bezirksregierungen fungieren als Genehmigungsbehörden und die Finanzierung bzw. Vergabe obliegt den lokalen Aufgabenträgern – sowie die „Unterscheidung zwischen eigenwirtschaftlichen (kommerziellen) und gemeinwirtschaftlichen Verkehren“, welche die Gefahr der sogenannten Rosinenpickerei berge. Er schlage vor, das Thema „PBefG-Novelle“ erneut auf die Tagesordnung für die Sondersitzung zu setzen und gegebenenfalls Herrn Marszalek, PwC, einzuladen, um über mögliche Konsequenzen für den AVV zu berichten.

- **Weiterentwicklung des elektronischen Fahrplanauskunftsystems des AVV**

Frau Krücken, AVV GmbH, erläutert anhand einer Präsentation die neuen Möglichkeiten der elektronischen Fahrplanauskunft.

Herr Hamel äußert seine Begeisterung für das neue System. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob die Einrichtung einer App „Ist mein Zug pünktlich?“, wie auf der Seite des VRS verfügbar, auch für die AVV-Website geplant sei.

Frau Krücken gibt bekannt, es gebe bereits eine browsergestützte Mobilversion. Bezüglich der App habe der AVV weitergehende Vorstellungen, da auch euregionale Daten berücksichtigt werden sollten, die in der landesweiten Datenbank, auf der die VRS-App basiere, nicht vorhanden seien.

*(Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.)*

Herr Jahn bedankt sich bei allen Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt den öffentlichen Teil der 65. Sitzung der Verbandsversammlung um 10.30 Uhr.

Auf einen nichtöffentlichen Teil der 65. Sitzung wird verzichtet.


Roland Jahn
Vorsitzender


Eva Keßel
Schriftführerin